

Rechtlich unverbindliche Lesefassung*

ALLGEMEINE ORDNUNG FÜR DIE BACHELOR-PRÜFUNGEN IM FACHBEREICH TECHNIK (PO-BaFbT) AN DER HOCHSCHULE MAINZ

vom 16.02.2012 [MB 04/2012, gültig ab 17. Februar 2012],
Änderung vom 12.06.2013 [MB 05/2013, gültig ab 5. Juli 2013],
Änderung vom 15.06.2016 [MB 05/2016, gültig ab WiSe 2016/2017],
Änderung vom 17.05.2017 [MB 11/2017, gültig ab WiSe 2017/2018],
Änderung vom 05.05.2021 [MB 10/2021, gültig ab 27. Mai 2021],
Berichtigung vom 18.06.2021 [MB 14/2021, gültig ab 27. Mai 2021].

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), geändert durch Gesetz vom 9. März 2011 (GVBl. S. 47), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Technik der Fachhochschule Mainz am 11.01.2012 die folgende Ordnung für die Bachelor-Prüfungen im Fachbereich Technik beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der Fachhochschule Mainz mit Schreiben vom 6.02.2012 genehmigt.

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zweck der Prüfung
- § 3 Graduierung

2. Studium

- § 4 Studienvoraussetzungen, Vorpraktikum
- § 5 Studienaufbau
- § 6 Studienzeiten

3. Prüfungen

- § 7 Arten und Durchführung der Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Studienleistungen
- § 9 Praxisprojekt
- § 10 Schriftliche Prüfungen, Ergänzungsprüfungen
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Projektarbeiten
- § 13 Bachelor-Arbeit
- § 14 Gruppenarbeit, Abgabe und Kolloquien bei Projekt- und Bachelor-Arbeiten
- § 15 Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Noten
- § 16 Versäumnis, Abbruch, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 17 Modulprüfung - Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung
- § 18 (entfällt)
- § 19 Wiederholung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 20 Anrechnung von Studienzeiten und Modulprüfungen
- § 21 Meldefristen, Prüfungstermine, Rücktritt, Zulassung
- § 22 Bachelor-Prüfung - Fachgebietsnoten und Gesamtnote, Gewichtung
- § 23 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

4. Organisation

- § 24 Prüfungsausschuss
- § 25 Prüfende und Beisitzende
- § 26 Einsicht in die Prüfungsakten, Archivierung
- § 27 Ungültigkeit der Prüfungen und Aberkennung des Bachelor-Grades
- § 28 Widerspruchsmöglichkeit
- § 29 Inkrafttreten

* Die rechtlich unverbindliche Lesefassung ist eine Zusammenfassung der Allgemeinen Ordnung für die Bachelor-Prüfungen im Fachbereich Technik (PO-BaFbT) und der Ordnungen zur Änderung der Allgemeinen Ordnung für die Bachelor-Prüfungen im Fachbereich Technik an der Hochschule Mainz, Stand 02.12.2019. Alle Angaben in der rechtlich unverbindlichen Lesefassung erfolgen ohne Gewähr und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtliche Verbindlichkeit haben ausschließlich die in den Mitteilungsblättern der Hochschule Mainz veröffentlichten Ordnungen.

1. GRUNDSÄTZE

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ordnung enthält die übergeordneten allgemeinen Verfahrensvorschriften für die Prüfungen der Bachelor-Studiengänge des Fachbereichs Technik an der Fachhochschule Mainz. Zusätzlich zu dieser allgemeinen Prüfungsordnung regeln Fachprüfungsordnungen die speziellen Bestimmungen für den jeweiligen Bachelor-Studiengang.

§ 2 Zweck der Prüfung

Die Bachelor-Prüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss der Studiengänge. Durch die Bachelor-Prüfung wird festgestellt, ob die Studierenden die für den Eintritt in die Berufspraxis oder den Übergang zu weiterführenden Master-Studiengängen notwendigen gründlichen Fachkenntnisse und die entsprechende Handlungskompetenz erworben haben, die Zusammenhänge des jeweiligen Wissenschafts- und Berufsfeldes der Architektur, des Bauingenieurwesens oder der Geoinformatik und Vermessung überblicken sowie die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

§ 3 Graduierung

Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung wird der akademische Bachelor-Grad verliehen. Zulässige Formen sind „Bachelor of Science“ (B.Sc.), „Bachelor of Engineering“ (B.Eng.) und „Bachelor of Arts“ (B.A.). Die Zuordnung ist in der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang festgelegt.

2. STUDIUM

§ 4 Studienvoraussetzungen, Vorpraktikum

- (1) Der Zugang zum Bachelor-Studium setzt ein Zeugnis, das gemäß § 65 Abs. 1 oder 2 HochSchG zum Studium an Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz berechtigt, voraus. In den jeweiligen Fachprüfungsordnungen können weitere Zulassungsvoraussetzungen festgelegt werden.
- (2) Für das Bachelor-Studium ist ein Vorpraktikum nachzuweisen. Der Nachweis sollte vor Aufnahme des Studiums erbracht werden. Einzelheiten können die Fachprüfungsordnungen bzw. eine Ordnung für das Vorpraktikum regeln.

§ 5 Studienaufbau

- (1) Das Bachelor-Studium ist modular aufgebaut. Ein Modul ist eine inhaltlich und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten (Credits) entsprechend dem European Credit Transfer System (ECTS) versehene Lehr- und Lerneinheit. Sie wird durch eine Modulprüfung gemäß § 7 Abs. 1 abgeschlossen.
- (2) In Studiengängen, die Studienschwerpunkte vorsehen, müssen nach der Wahl eines Schwerpunktes alle für diesen Studienschwerpunkt verbindlich angebotenen Wahlpflichtmodule (Absatz 4 Nr. 2) abgeschlossen werden. Absatz (4) bleibt unberührt.
- (3) Die Zuordnung von Semesterwochenstunden (SWS), Credits (CR) und Gewichtungen (GW) zu den Modulen ist im Prüfungsplan geregelt, der als Anlage der jeweiligen Fachprüfungsordnung beigelegt ist.
- (4) Das Studium enthält Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule.
 1. Pflichtmodule sind für alle Studierenden verbindlich.
 2. Wahlpflichtmodule können von den Studierenden aus dem Prüfungsplan frei gewählt werden. Darin ist die Mindestanzahl der durch Wahlpflichtmodule zu erwerbenden Credits vorgegeben.
 3. [Wahlmodule sind Module der Fachhochschule Mainz außerhalb des eigenen Studiengangs sowie Module von Studiengängen anderer akkreditierter/staatlicher oder staatlich anerkannter Hochschulen des In- und Auslands.](#)

Einzelne im Prüfungsplan genannte Wahl- und Wahlpflichtmodule können auf begründeten Antrag durch themenverwandte Module anderer Studiengänge der FH Mainz oder anderer akkreditierter/staatlicher oder staatlich anerkannter Hochschulen des In- und Auslands ersetzt werden. Die Kommission gemäß § 24 Abs. 7 entscheidet im Benehmen mit den zuständigen Professorinnen und Professoren.

- (5) Zusätzlich zu den in Absatz 4 genannten Modulen können in weiteren an der Fachhochschule Mainz oder an anderen Hochschulen des In- und Auslands angebotenen Modulen Credits erworben werden (Zusatzmodule). Sie können jedoch nicht zum Erwerb von Credits im Studiengang berücksichtigt werden.

§ 6 Studienzeiten

- (1) Die Zuordnung der Module in einem nach Studienplansemestern gegliederten Zeitplan ist im Prüfungsplan der jeweiligen Fachprüfungsordnung geregelt. In diesem Zeitplan kann das Studium in der Regel abgeschlossen und die Bachelor-Prüfung abgelegt werden. In der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang ist die Regelstudienzeit festgelegt.
- (2) Als Fachsemester zählen alle im gleichen Studiengang an Hochschulen im In- und Ausland verbrachten Semester. Urlaubssemester zählen nicht als Fachsemester.
- (3) Als Studiensemester gelten im Allgemeinen die Fachsemester. Die Studiensemester sind für das Einhalten von Prüfungsfristen maßgeblich. Für die Einhaltung von Fristen werden Verlängerungen und Unterbrechungen von Studienzeiten nicht berücksichtigt, soweit sie bedingt waren
1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks. Sie ist in der Regel höchstens für die Dauer von einem Semester anrechenbar,
 2. durch Krankheit, deren längere Dauer ärztlich bescheinigt werden muss, eine Behinderung (§ 7 Abs. 5), **eine chronische Erkrankung** oder andere von den Studierenden nicht zu vertretende Gründe,
 3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes (§ 26 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 HochSchG),
 4. durch die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen (§ 26 Abs. 5 S. 2 Nr. 5 HochSchG),
 5. durch ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium bis zu zwei Semestern, jedoch nicht durch Auslandsstudienzeiten, die nach der Prüfungsordnung abzuleisten sind,
 6. durch betriebliche Belange im Rahmen eines berufsbegleitenden, berufsintegrierenden oder dualen Systems.

Die Nachweise obliegen den Studierenden.

Dies gilt auch für Studierende, die von anderen Hochschulen an die Fachhochschule Mainz wechseln. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

3. PRÜFUNGEN

§ 7 Arten und Durchführung der Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Eine Modulprüfung besteht je nach Modul aus Studienleistungen und/oder Prüfungsleistungen, die studienbegleitend abzulegen sind. Einer Modulprüfung können mehrere einzelne Studienleistungen, aber nur eine Prüfungsleistung zugeordnet werden.
- (2) Studienleistungen gemäß § 8 und § 9 sind, je nach Modul:
1. Übungsarbeiten, Praxis- und Seminarberichte sowie Kolloquien für sowohl Praktika als auch Seminare, Referate, Werkstatt- und Laborversuche, Exkursionen, regelmäßige Teilnahme an Vorlesungen.
 2. Praxisprojekt
 3. schriftliches Beantworten von Fragen zur Veranstaltung
- Studienleistungen können als Prüfungsvorleistungen für die Zulassung von Prüfungsleistungen vorausgesetzt werden. Die Voraussetzungen sind im Prüfungsplan geregelt.
- (3) Prüfungsleistungen sind:
1. schriftliche Prüfungen gemäß § 10
 2. mündliche Prüfungen gemäß § 11
 3. Projektarbeiten mit Kolloquium gemäß § 12 und § 14
 4. Bachelor-Arbeit, gegebenenfalls mit Kolloquium gemäß § 13 und § 14. Näheres regelt die Fachprüfungsordnung.
- (4) Die zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen sind im Prüfungsplan der Fachprüfungsordnung festgelegt. Näheres regelt die Modulbeschreibung. Zu Semesterbeginn sind für jede Lehrveranstaltung die Anforderungen zu Studien- und Prüfungsleistungen auf die Ausbildungsziele abzustimmen und den Studierenden durch die Lehrenden bekanntzumachen.

- (5) Machen Studierende durch ärztliches Attest glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderungen oder wegen Hinderungen im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 2, 3 oder 4 nicht in der Lage sind, Studien- oder Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Prüfungsausschuss im Sinne der Chancengleichheit gestatten, gleichwertige Leistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder in anderer Form zu erbringen. Ein entsprechender Antrag muss grundsätzlich spätestens zwei Wochen nach der Bekanntgabe der jeweiligen Prüfungsform, bei Studienleistungen unverzüglich nach Eintritt der Hinderungsgründe beim Prüfungsamt eingereicht werden.
- (6) Werden elektronische Fernprüfungen nach der Landesverordnung zur Erprobung elektronischer Fernprüfungen an Hochschulen durchgeführt, ist den Studierenden grundsätzlich eine Präsenzprüfung als Alternative anzubieten. Kann eine Präsenzprüfung nicht durchgeführt werden oder melden sich zu viele Studierende für die alternative Präsenzprüfung an, sollen die Plätze vorrangig nach Studienfortschritt vergeben werden. Dabei werden grundsätzlich höhere Fachsemester vor niedrigeren berücksichtigt. Kann nach der durchgeführten Auswahl kein Präsenzplatz gewährt werden, ist die Prüfung am nächstmöglichen Präsenzprüfungstermin abzulegen. Alternativ können die betroffenen Studierenden zur elektronischen Fernprüfung wechseln.

§ 8 Studienleistungen

- (1) Eine Studienleistung wird auf Grund von erbrachten Einzel- oder Gruppenleistungen im Rahmen eines Moduls anerkannt. Art, inhaltliche Anforderungen und Zeitpunkt der in einer Studienleistung zu erbringenden Einzelleistungen richten sich nach den fachspezifischen Erfordernissen, liegen in der Verantwortung der Lehrenden und müssen zu Beginn der Lehrveranstaltungen bekannt gegeben werden.
- (2) Studienleistungen werden in der Regel mit „bestanden“ oder mit „nicht bestanden“ bewertet.
- (3) Gelten Studienleistungen als Prüfungsvorleistungen, dann sind ihre Bewertungen bis eine Woche vor Beginn der Prüfung, in allen anderen Fällen in der Regel bis zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters über das Prüfungsamt bekannt zu geben.

§ 9 Praxisprojekt

- (1) Das Bachelor-Studium kann ein berufsorientiertes Praxisprojekt als Studienleistung beinhalten. In seinem Rahmen soll das während des Studiums erworbene Wissen angewandt und vertieft werden. Die Bearbeitung erfolgt unter den Bedingungen der Praxis. Die Dauer der Bearbeitung und das Studiensemester, in dem das Praxisprojekt abzulegen ist, regelt die Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang. Eine Anrechnung von praktischen Tätigkeiten vor und während des Studiums auf das Praxisprojekt ist im Regelfall nicht möglich. Für einzelne Studiengänge kann eine Praxisprojektordnung erlassen werden, in der Näheres geregelt wird.
- (2) Das Praxisprojekt kann durch ein Auslandsstudium oder durch ein Hochschulprojekt unter Praxisbedingungen ersetzt werden.
- (3) Das Praxisprojekt wird mit einer gemeinsamen Lehrveranstaltung vorbereitet und mit einem Kolloquium abgeschlossen.

§ 10 Schriftliche Prüfungen, Ergänzungsprüfungen, E-Klausuren

- (1) Eine schriftliche Prüfung besteht aus einer Klausur, einer Open-Book-Klausur, einer Haus- oder Seminararbeit. In ihr sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit Probleme erkennen und mit fachspezifischen Methoden lösen können. Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen.
- (2) Aus fachlichen Gründen kann eine schriftliche Prüfung aus mehreren Teilen bestehen, die einzeln nicht benotet werden. Klausuren dauern mindestens 60 und höchstens 240 Minuten. Teile einer Klausur dauern zusammen höchstens 240 Minuten.
- (3) Schriftliche Prüfungen sollen von der prüfenden Person oder von den Prüfenden in der Regel innerhalb von vier Wochen, spätestens bis zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters bewertet werden. Die Noten sind gemäß § 15 Abs. 1 und 2 festzustellen.
- (4) Aus besonderen fachlichen oder organisatorischen Gründen kann eine schriftliche Prüfung durch eine mündliche Prüfung ersetzt werden. Die Festlegungen trifft der Prüfungsausschuss.
- (5) Ist eine an der Fachhochschule Mainz in der zweiten Wiederholung unternommene schriftliche Prüfung nicht bestanden und würde dies zum endgültigen Nichtbestehen der Bachelor-Prüfung

führen, besteht Anspruch auf eine mündliche Ergänzungsprüfung. Hierzu wird von dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zeitnah schriftlich eingeladen. Nach bestandener mündlicher Ergänzungsprüfung gilt die Prüfung in diesem Modul als mit „ausreichend“ (4,0) bewertet.

- (6) Die mündliche Ergänzungsprüfung wird von mindestens zwei prüfungsberechtigten Personen abgenommen, davon mindestens ein/e Professor(in). Für die Durchführung der Prüfung gilt §11 Abs. 4, 6 bis 8 entsprechend.
- (7) Eine Ergänzungsprüfung wird ausgeschlossen, wenn
 1. die zweite Wiederholung eine mündliche Prüfung war
 2. die oder der Studierende zum zweiten Wiederholungstermin ohne triftige Gründe nicht erschienen ist
 3. die zweite Wiederholung wegen Täuschungen oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt.Für endgültig nicht bestandene Studienleistungen und Projektarbeiten werden Ergänzungsprüfungen nicht gewährt.
- (8) Wer zu einer Ergänzungsprüfung aufgefordert ist und ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wer die Ergänzungsprüfung nicht besteht, verliert den Prüfungsanspruch in dem Studiengang (§ 17 Abs. 4).
- (9) Schriftliche Prüfungen können in multimedial gestützter Form durchgeführt werden („e-Klausuren“), sofern sie dazu geeignet sind, den Nachweis gemäß Abs. 1 zu erbringen oder hierzu beizutragen; erforderlichenfalls können sie durch andere Prüfungsformen ergänzt werden.

Multimedial gestützte Prüfungsaufgaben werden in der Regel von zwei Prüferinnen oder Prüfern erarbeitet. Sie bestehen insbesondere aus Freitextaufgaben, Lückentexten und Zuordnungsaufgaben. Multiple Choice-Fragen sind gem. Abs. 1 nicht zulässig. Vor der Durchführung multimedial gestützter Prüfungsleistungen ist sicherzustellen, dass die elektronischen Daten eindeutig identifiziert sowie unverwechselbar und dauerhaft den Kandidatinnen und Kandidaten zugeordnet werden können. Die Prüfung ist in Anwesenheit einer fachlich sachkundigen Person (Protokollführerin oder -führer) durchzuführen. Über den Prüfungsverlauf ist eine Niederschrift anzufertigen, in die mindestens die Namen der Protokollführerin oder des Protokollführers sowie der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, Beginn und Ende der Prüfung sowie eventuelle besonderen Vorkommnisse aufzunehmen sind. Den Kandidatinnen und Kandidaten ist gemäß den Bestimmungen des § 26 Möglichkeit der Einsichtnahme in die multimedial gestützte Prüfung sowie das von ihnen erzielte Ergebnis zu gewähren. Die Aufgabenstellung einschließlich einer Musterlösung, das Bewertungsschema, die einzelnen Prüfungsergebnisse sowie die Niederschrift sind gemäß § 26 zu archivieren.
- (10) Klausuren – soweit nicht in der jeweiligen Fachprüfungsordnung bereits als Regelleistung vorgesehen - können während einer Epidemie oder in anderen begründeten Fällen auch als Open-Book-Klausur durchgeführt werden. Unter einer Open-Book-Klausur werden schriftliche oder elektronische Prüfungen verstanden, die in der Regel ohne Aufsicht geschrieben werden. Die Auswahl der zulässigen Hilfsmittel während der Klausur ist durch die Prüferin oder den Prüfer frühzeitig zu bestimmen. Einzelheiten dazu regelt der Prüfungsausschuss.

§ 11 Mündliche Prüfungen

- (1) Mündliche Prüfungen sind Prüfungsgespräche, in denen die Studierenden nachweisen, dass sie über ein breites Grundlagenwissen verfügen, die Zusammenhänge des jeweiligen Prüfungsgebietes kennen und spezielle Fragen in diese Zusammenhänge einordnen können.
- (2) Mündliche Prüfungen werden von einer, einem oder mehreren Prüfenden in Gegenwart mindestens einer sachkundigen beisitzenden Person gemäß § 25 Abs. 3 abgenommen.
- (3) Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen dürfen nicht mehr als vier Studierende teilnehmen.
- (4) Mündliche Prüfungen dauern für jede Studierende oder jeden Studierenden in der Regel 20 Minuten. Ihre Dauer kann in begründeten Fällen bis zu fünf Minuten unter- und bis zu zehn Minuten überschritten werden.
- (5) Studierende, die sich in kommenden Semestern der gleichen oder einer vergleichbaren Prüfung unterziehen werden, können nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende bei dem Prüfungsgespräch anwesend sein, sofern die zu prüfende Person vor der Prüfung nicht widersprochen hat. Entsprechendes gilt für Gruppenprüfungen.
- (6) Auf Antrag Studierender kann der/die zentrale Gleichstellungsbeauftragte oder der/die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereiches als Zuhörende am Prüfungsgespräch teilnehmen.

- (7) Vor der Feststellung der Note gemäß § 15 Abs. 1 und 2 hören die prüfende Person/die Prüfenden die beisitzenden Personen an. Die Feststellung der Note gehört nicht zum Prüfungsgespräch. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.
- (8) Bei mündlichen Prüfungen werden Niederschriften angefertigt, aus denen die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung hervorgehen, bei Gruppenprüfungen für jede Studierende oder jeden Studierenden einzeln.

§ 12 Projektarbeiten

- (1) Wird im Rahmen eines Moduls ein Projekt bearbeitet, so wird dieses in Form einer Haus- oder Seminararbeit dokumentiert. In Projektarbeiten weisen die Studierenden nach, dass sie zu Teamarbeit befähigt sind und an einer größeren Aufgabe Ziele definieren sowie fachspezifische oder interdisziplinäre Lösungsansätze und Konzepte entwickeln, ausarbeiten und darlegen können. Die Ergebnisse werden im Rahmen von Kolloquien gemäß § 14 präsentiert und erörtert.
- (2) Aus fachlichen Gründen kann eine Projektarbeit aus einzelnen Teilen bestehen, die auch von verschiedenen Prüfenden gemeinsam als Aufgabe gestellt und gemeinsam benotet werden. In der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang können weitere Festsetzungen dazu geregelt sein. Die Bewertung der Projektarbeit wird aus den dokumentierten Ergebnissen, gegebenenfalls der zusammengefassten Teile, und dem Kolloquium ermittelt.
- (3) Projektarbeiten sollen innerhalb eines Semesters bearbeitet und dokumentiert werden. Die Bearbeitungszeit dauert höchstens 20 Wochen. Sie beginnt mit der Ausgabe der Aufgabenstellung. Das Kolloquium gemäß § 14 findet im Anschluss an die Bearbeitungszeit statt.
- (4) Die Aufgabenstellung, gegebenenfalls ihre späteren Erweiterungen oder Beschränkungen im Rahmen der Fristen, sind schriftlich auszugeben und zu datieren. Die Zeitpunkte der Ausgabe und gegebenenfalls der Änderungen sind im Prüfungsamt aktenkundig zu machen.
- (5) Projektarbeiten werden als Einzelarbeiten oder gemäß § 14 Abs. 1 als Gruppenarbeiten angeboten.
- (6) Projektarbeiten sind gemäß § 14 Abs. 2 bei der vom Prüfungsausschuss oder von den Prüfenden bevollmächtigten Stelle abzuliefern.
- (7) Projektarbeiten und Kolloquien gemäß § 14 sollen von dem Aufgabensteller oder der Aufgabenstellerin (prüfende Person) oder von den Prüfenden in der Regel bis spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltungen des folgenden Semesters bewertet werden.
- (8) Projektarbeiten, die im dritten Versuch als mit „nicht bestanden“ bewertet werden, sollen von einem Zweitkorrektor nachbewertet werden.

§ 13 Bachelor-Arbeit

- (1) Die Bachelor-Arbeit soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist selbstständig
 1. ein praktisches Fachproblem mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten oder
 2. eine berufsbezogene Aufgabe mit fachspezifischen, interdisziplinären, gegebenenfalls mit gestalterisch-künstlerischen Methoden zu bearbeiten, Lösungsansätze und Konzepte zu entwickeln und auszuarbeitensowie gegebenenfalls im Rahmen eines Kolloquiums gemäß § 14 zu präsentieren. Näheres, insbesondere die Bearbeitungsfrist, regelt die jeweilige Fachprüfungsordnung.
- (2) Die Bachelor-Arbeit kann begonnen werden, wenn die für den Studiengang festgelegten Voraussetzungen gemäß der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang erfüllt sind. Die Bachelor-Arbeit ist in dem auf den letzten Prüfungstermin folgenden Semester abzuschließen. **Wenn diese Meldefrist um zwei Semester versäumt wird, gilt die Bachelor-Arbeit als erstmals nicht bestanden.**
- (3) Der Aus- und Abgabetermin und das Thema werden mit dem Prüfenden der Bachelor-Arbeit vereinbart.
- (4) Den Studierenden ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für Themen und Prüfenden der Bachelor-Arbeit zu machen. Auf Antrag der Studierenden sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass sie Thema und Prüfer für eine Bachelor-Arbeit erhalten. Dies gilt in der Regel nicht für den Fall, dass ein Thema für eine Bachelor-Arbeit ausgegeben wird, dessen gleichzeitige Bearbeitung durch mehrere Studierende studien- und berufsbezogenen Wettbewerbscharakter hat.
- (5) Der Zeitpunkt der Ausgabe ist im Prüfungsamt aktenkundig zu machen.
- (6) Das Thema der Bachelor-Arbeit kann von jeder oder jedem Prüfenden gemäß § 25 Abs. 2 gestellt werden. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Bachelor-Arbeit müssen so abgestimmt sein, dass

die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur im ersten Viertel der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. In diesem Fall gilt die Bachelor-Arbeit als nicht unternommen. Abweichende und ergänzende Regelungen kann die jeweilige Fachprüfungsordnung treffen.

- (7) Die Bachelor-Arbeit darf in gleicher oder ähnlicher Form im Rahmen einer anderen Prüfung von der oder dem Studierenden noch nicht vorgelegt worden sein, andernfalls gilt die Bachelor-Arbeit als nicht bestanden.
- (8) Für Studierende, die nach Absprache im Rahmen internationaler integrierter/ gemeinsamer Studiengänge nach Abschluss der Prüfungen an der Fachhochschule Mainz weitere Studien- und Prüfungsleistungen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften (§ 20 Abs. 8) erbringen, um eine zusätzliche Qualifikation zu erwerben, beginnt die Frist gemäß Absatz 3 nach Abschluss der Prüfungen an der Partnerhochschule. Soweit an Partnerhochschulen mit Bachelor-Arbeiten vergleichbare Leistungen nach der für die an der Partnerhochschule geltenden jeweiligen Prüfungsordnung erbracht werden, können diese dementsprechend als Bachelor-Arbeit anerkannt werden.
- (9) Eine Bachelor-Arbeit kann als Gruppenarbeit gemäß § 14 Abs. 1 zugelassen werden, wenn die individuellen Beiträge die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllen.
- (10) Die Bearbeitungszeit der Bachelor-Arbeit wird in der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang festgelegt. Sie beginnt mit der Ausgabe des Themas. Im Einzelfall kann das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Aufgabenstellerin oder dem Aufgabensteller der Bachelor-Arbeit eine Nachfrist bis zur Dauer der ursprünglich festgesetzten Bearbeitungszeit gewähren. Dies gilt nicht für Bachelor-Arbeiten mit Wettbewerbscharakter gemäß Absatz 4 Satz 3.
- (11) Die Bachelor-Arbeit ist gemäß § 14 Abs. 2 bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses abzuliefern, der dies delegieren kann. Soweit es delegiert wird, ist es den Studierenden bekannt zu geben.
- (12) Die Bachelor-Arbeit und ggf. das Bachelor-Seminar bzw. das Kolloquium sind von mindestens zwei Personen, die als Prüfende zugelassen sind, zu bewerten. Eine der Personen soll das Thema gestellt haben. Bei Kooperationen mit der Praxis kann auch eine Person des Praxispartners als Koreferent der Bachelor-Arbeit benannt werden. Die Bachelor-Arbeit ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten. Die Noten sind gemäß § 15 Abs. 1 und 2 festzustellen.

§ 14 Gruppenarbeit, Abgabe und Kolloquien bei Projekt- und Bachelor-Arbeiten

- (1) Werden Projektarbeiten oder die Bachelor-Arbeit von Gruppen bearbeitet, müssen die individuellen Beiträge der einzelnen Studierenden deutlich abgrenzbar und bewertbar sein. An Gruppenarbeiten dürfen nicht mehr als vier Studierende, bei Bachelor-Arbeiten nicht mehr als zwei Studierende teilnehmen.
- (2) Die Projektarbeiten und die Bachelor-Arbeit sind fristgemäß jeweils in zweifacher Ausfertigung abzuliefern. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit, bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit, selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Wird eine Projektarbeit oder die Bachelor-Arbeit ohne triftige Gründe nicht fristgerecht abgeliefert, gilt diese als nicht bestanden.
- (3) Kolloquien (gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 3 und 4) sind Vorträge und Präsentationen, in denen die Studierenden die Ergebnisse ihrer Projektarbeiten oder der Bachelor-Arbeit, bei Gruppenarbeiten insbesondere ihres zu bewertenden individuellen Beitrags, vorstellen, zusammenfassen und vertreten. In der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang können dazu weitere Regelungen getroffen werden.
- (4) Kolloquien werden von der prüfenden Person (§ 12 Abs. 7) oder den Prüfenden (§ 13 Abs. 12) in Gegenwart mindestens einer sachkundigen beisitzenden Person (§ 25 Abs. 3) abgehalten.
- (5) Kolloquien dauern für jede Studierende und jeden Studierenden in der Regel 20 Minuten. Ihre Dauer kann bis zu 20 Minuten überschritten werden.

§ 15 Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Noten

- (1) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden bewertet. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt

- 3 = befriedigend = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
 4 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
 5 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können die Noten um 0,3 auf Zwischenwerte gehoben oder gesenkt werden. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Wird eine Prüfungsleistung durch mehrere Prüfende beurteilt, errechnet sich die Note als einfaches arithmetisches Mittel. Differieren die Bewertungen um mehr als eine ganze Note, entscheidet der Prüfungsausschuss im Benehmen mit den Prüfenden.
- (3) Wird ein Modul mit einer Einzelleistung abgeschlossen, ist diese entsprechend Absatz 1 und 2 zu benoten. Werden die Noten mehrerer bestandener Einzelleistungen zu einer Prüfungsleistung zusammengefasst, errechnet sich die Note aus dem gewichteten arithmetischen Mittel der Noten oder anhand einem der Notenbildung zugrunde liegenden Punkteschema. Die Gewichtung ergibt sich aus dem Prüfungsplan.
- (4) Bei der Bildung der Noten gemäß Absatz 2 und 3 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die ermittelte Note lautet bei einem Durchschnitt
- | | |
|------------------|---------------------|
| bis 1,5 | = sehr gut |
| über 1,5 bis 2,5 | = gut |
| über 2,5 bis 3,5 | = befriedigend |
| über 3,5 bis 4,0 | = ausreichend |
| über 4,0 | = nicht ausreichend |
- (5) Die gemäß Absatz 1 bis 4 gebildeten Noten stellen eine absolute Bewertung dar. Diese nationale Bewertung wird auf Empfehlung der Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen (HRK) durch eine europäische Bewertung ergänzt. Dazu dienen ECTS-Grades, die die individuelle Leistung einer oder eines Studierenden in Bezug auf die anderen Studierenden einordnen und relativieren (relative Bewertung).
- (6) Modulnoten, Fachgebietsnoten und die Gesamtnote werden in Grades der ECTS-Bewertungsskala A, B, C, D, E eingestuft. Dazu werden alle bestandenen Prüfungsleistungen der letzten fünf Prüfungstermine, sofern vorhanden, nach statistischen Gesichtspunkten berücksichtigt. Die Einstufung erfolgt nach folgendem Schema:
- | | |
|---------------------------------------|-----------------------------------|
| A = die besten | max. 10 % |
| B = die auf A folgenden nächsten | 25 % (A + B = max. 35 %) |
| E = die schlechtesten | max. 10 % |
| D = die vor E vorausgehenden nächsten | 25 % (E + D = max. 35 %) |
| C = die restlichen | min. 30 % zwischen A, B und D, E. |
- (7) Wird eine Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet, muss die Leistung wiederholt werden; § 17 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 16 Versäumnis, Abbruch, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt für die beteiligten Studierenden als nicht bestanden, wenn Studierende
1. zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheinen,
 2. versuchen, das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen. Als Täuschung in diesem Sinne gilt auch die bewusste Duldung von Plagiaten („Abschreibenlassen“),
 3. den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören,
 4. die Abgabefrist ohne triftige Gründe versäumen,
 5. die Prüfung ohne triftige Gründe abbrechen.
- (2) In den Fällen gemäß Abs. 1 Nr. 2 und 3 können die Studierenden von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden.
- (3) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins, einer Abgabefrist oder für den Abbruch einer Prüfung geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden, verbunden mit einem schriftlichen Antrag auf Anerkennung der Prüfungsunfähigkeit. Bei Krankheit muss dem Prüfungsamt zudem ein entsprechendes Attest unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, vorgelegt werden. Bei einer schriftlichen Prüfung in Form einer Klausur, bei einer mündlichen Prüfung/Kolloquium oder bei Korrektur-/Präsenzterminen spätestens bis zum dritten Tag nach dem Prüfungstermin; bei einer Haus-, Seminar-,

Projekt- oder Bachelorarbeit spätestens bis zum dritten Tag nach Eintritt der Krankheit. Das Attest muss die Prüfungsunfähigkeit und die Dauer der Erkrankung erkennen lassen. Ein amtsärztliches Attest kann verlangt werden, insbesondere wenn für das Versäumnis von Prüfungsterminen (auch zu verschiedenen Prüfungen) zum wiederholten Mal krankheitsbedingte Gründe geltend gemacht werden. Der Krankheit von Studierenden ist die Krankheit eines Kindes gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 gleichzustellen. Werden die Gründe anerkannt, wird

1. das Versäumnis bei schriftlichen und mündlichen Prüfungen nicht als Prüfungsversuch gezählt und der Prüfungstermin erneut festgesetzt
 2. die Abgabefrist von Projektarbeiten oder Bachelor-Arbeiten entsprechend der anerkannten Dauer der Unterbrechung verlängert. In diesem Fall sind die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse anzurechnen.
- (4) Für Studienleistungen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.
- (5) Ablehnende Entscheidungen sind den Studierenden vom Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 17 Modulprüfung - Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung

- (1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sämtliche ihr zugeordneten Studienleistungen und/ oder die Prüfungsleistung einzeln bestanden sind. Credits werden ausschließlich für bestandene Modulprüfungen vergeben.
- (2) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet ist.
- (3) Die Ergebnisse der Studienleistungen und der Prüfungsleistungen gibt das Prüfungsamt bekannt. Sie sind nach persönlicher Identifikation dem online-Service der Fachhochschule zu entnehmen. Bei Nichtbestehen der Bachelor-Arbeit erhalten die Studierenden eine Mitteilung, die unter Beachtung des § 19 Abs. 2 darüber Auskunft gibt, innerhalb welcher Frist eine weitere Wiederholung möglich ist. Die Mitteilung kann auch per E-Mail erfolgen.
- (4) Eine Modulprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeiten der Studienleistungen oder der Prüfungsleistungen gemäß § 19 erfolglos ausgeschöpft sind und die Ergänzungsprüfung gemäß § 10 Abs. 5 und 7 nicht bestanden oder nicht gewährt wurde. Damit geht der Prüfungsanspruch in dem Studiengang verloren. Die Studierenden erhalten einen schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. [...](#)
- (5) Ist der Prüfungsanspruch verloren, wird die Mitgliedschaft der Studierenden in der Fachhochschule Mainz mit Ende des Semesters beendet; § 69 HochSchG bleibt unberührt.
- (6) Auf Antrag an das Prüfungsamt werden den Studierenden ausgestellt:
 1. Leistungsbescheinigung mit den Ergebnissen aller Modulprüfungen im Fall eines beabsichtigten Hochschulwechsels
 2. Bescheinigung über alle bestandenen Modulprüfungen im Fall des vorzeitigen Verlassens der Fachhochschule oder im Fall des endgültigen Nichtbestehens.
Solche Bescheinigungen sind mit dem Hinweis zu versehen: nicht für Bewerbungen an Hochschulen.

§ 18 Freiversuch

(entfällt)

§ 19 Wiederholung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Nicht bestandene Studien- und Prüfungsleistungen können mit Ausnahme der Bachelor-Arbeit zweimal wiederholt werden.
- (2) Nicht bestandene Studien- und Prüfungsleistungen sind zum nächsten angebotenen Prüfungstermin oder zum nächsten zu vereinbarenden Abgabetermin, gegebenenfalls bei einer oder einem anderen Prüfenden, zu wiederholen. Sind während des Semesters, in welches das Praxisprojekt fällt, Prüfungstermine festgesetzt, so ist den Studierenden freigestellt, ob sie in diesem Semester Studien- oder Prüfungsleistungen wiederholen.
- (3) (entfällt)
- (4) Werden Wiederholungen einer Prüfungsleistung in einem Wahlpflichtmodul erforderlich, können sie auf schriftlichen Antrag an den Prüfungsausschuss in einem anderen als in dem zuerst gewählten Wahlpflichtmodul abgelegt werden; Absatz 2 bleibt unberührt. Nach Wechsel eines

Wahlpflichtmoduls werden Fehlversuche auf die zulässige Anzahl der Wiederholungen (Absatz 1) angerechnet.

- (5) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung (Verbesserungsversuch) ist grundsätzlich nicht zulässig. Ausnahmen können in der Fachprüfungsordnung vorgesehen werden.
- (6) Die Bachelor-Arbeit kann nur einmal wiederholt werden. Eine Wiederholung muss spätestens einen Monat nach der Bekanntmachung (§ 17 Abs. 3) des Nichtbestehens mit einem neuen Thema beantragt werden. Erfolgt der Antrag nicht fristgerecht, gilt die Bachelor-Arbeit als endgültig nicht bestanden. § 17 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 20 Anrechnung von Prüfungs-, Studienleistungen und Modulprüfungen

- (1) An einer Hochschule im Sinne des Artikels 1 der Lissabon-Konvention erbrachte Leistungen werden auf Antrag anerkannt und Fehlversuche grundsätzlich angerechnet. Dies gilt nicht, sofern wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen bestehen. Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen sind bei der Anerkennung zu beachten. Die Feststellungen trifft die Kommission gem. § 24 Abs. 7 im Benehmen mit den zuständigen Professorinnen und Professoren.
- (2) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden in der Regel bis zur Hälfte des Hochschulstudiums anerkannt. Kriterium für die Anerkennung ist die Kompetenzorientierung.
- (3) Werden Leistungen anerkannt, so werden Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Im Zeugnis wird eine Kennzeichnung der Anerkennung vorgenommen. Eine Anerkennung ist ausgeschlossen, wenn eine Studierende oder ein Studierender sich in dem betreffenden Fach im Prüfungsverfahren an der Hochschule Mainz befindet oder eine Leistung bereits erbracht hat.
- (4) Die Anerkennung soll grundsätzlich im ersten Studiensemester nach der Einschreibung erfolgen; dafür haben die Studierenden einen Antrag auf Anerkennung und die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen spätestens 4 Wochen nach Vorlesungsbeginn der prüfenden Stelle vorzulegen. Regelungen über die Bewerbung in ein höheres Fachsemester bleiben unberührt. Die Feststellungen trifft die Kommission gem. § 24 Abs. 7. § 19 Abs. 2 gilt bei der Anrechnung von Fehlversuchen entsprechend.

§ 21 Meldefristen, Prüfungstermine, Rücktritt, Zulassung

- (1) Die Termine für Prüfungsleistungen bestimmt der Prüfungsausschuss in Einklang mit den Fachprüfungsordnungen in der Regel bis zu Beginn der Meldefrist gemäß Absatz 3.
- (2) Studienleistungen und Prüfungsleistungen können nur erbracht und bescheinigt werden, wenn die Studierenden in dem Studiengang, zu dem die Studien- und Prüfungsleistungen gehören, an der Fachhochschule Mainz eingeschrieben sind; § 67 Abs. 1 HochSchG (gleichzeitiges Studieren in verschiedenen Studiengängen) und § 67 Abs. 4 HochSchG (Frühstudierende) bleiben unberührt.
- (3) Studierende haben sich zu Modulprüfungen, die erstmalig abgelegt werden, innerhalb der ersten vier Wochen nach Vorlesungsbeginn gemäß den vom Prüfungsausschuss bestimmten Modalitäten zu melden. Die Fachprüfungsordnung kann anderweitige Regelungen treffen. Der Meldung ist eine Erklärung der Studierenden beizufügen, ob sie an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland in gleichen oder verwandten Studiengängen sowie an staatlich anerkannten Fernstudiengängen
 1. eine Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden haben
 2. sich in einem Prüfungsverfahren befinden
 3. bereits Studien- oder Prüfungsleistungen nicht bestanden haben, gegebenenfalls wie oft sowie in welchen Modulen oder Prüfungsgebieten.
- (4) (entfällt)
- (5) Mit bestimmten Modulprüfungen muss bis zu festgesetzten Studiensemestern begonnen werden. Eine Prüfung gilt als erstmals nicht bestanden, wenn die Meldefrist der jeweiligen Fachprüfungsordnung um zwei Semester versäumt wird. § 19 bleibt unberührt. Die entsprechenden Module und ihre Zuordnung zu bestimmten Studiensemestern sind in der Fachprüfungsordnung des jeweiligen Bachelor-Studiengangs festgesetzt. Die Fachprüfungsordnung kann hiervon abweichende Regelungen treffen.
- (6) Ein Rücktritt von der Meldung zu einzelnen Modulprüfungen ist nur einmalig möglich, und zwar:

1. wenn Studienleistungen verlangt werden, spätestens bis sechs Wochen nach Vorlesungsbeginn
2. wenn nur schriftliche oder mündliche Prüfungsleistungen verlangt werden bis zwei Wochen vor dem ersten Prüfungstermin des Moduls.

Abweichende oder ergänzende Regelungen können in der jeweiligen Fachprüfungsordnung getroffen werden.

Ein Rücktritt muss schriftlich beim Prüfungsamt erklärt werden oder über den online-Service der Fachhochschule.

- (7) Ein Rücktritt ist ausgeschlossen
 1. von einzelnen Teilen einer Modulprüfung
 2. bei Erreichen der Studienfristen gemäß Absatz 5
 3. bei Wiederholungsprüfungen gem. § 19 Abs. 2.
- (8) Die Feststellung über die Zulassung zu einer Prüfungsleistung trifft der Prüfungsausschuss. Die Zulassung wird versagt, wenn
 1. Prüfungsvorleistungen nicht erbracht sind
 2. der Prüfungsanspruch endgültig verloren ist. Dies gilt auch, wenn der Prüfungsanspruch in einem gleichen oder verwandten Studiengang an Hochschulen in Deutschland verloren wurde.

Mit dem Versagen der Zulassung erlischt die Meldung. Die Zulassung wird durch Aushang oder nach persönlicher Identifikation über das Internet spätestens eine Woche vor der Prüfung bekannt gegeben.

§ 22 Bachelor-Prüfung - Fachgebietsnoten und Gesamtnote, Gewichtung

- (1) Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn mit den im Prüfungsplan/Prüfungskatalog festgesetzten Pflicht- und Wahlpflichtmodulen, gegebenenfalls mit dem Praxisprojekt und den Wahlmodulen, einschließlich der Bachelor-Arbeit die gemäß der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang geforderten Credits erworben sind. Hierbei gehen überhängende Credits nur eines Moduls gemäß § 5 Abs. 4 mit Bewertung (Note und Grades) in das Zeugnis und in die Gesamtnote ein.
- (2) Werden für das Zeugnis Module in Fachgebieten entsprechend dem Prüfungsplan zusammengefasst, wird die Fachgebietsnote als gewichtetes arithmetisches Mittel (entsprechend § 15 Abs. 3 und 4) aus den Modulnoten gebildet. Die Gewichtungen ergeben sich aus dem Prüfungsplan.
- (3) Die Gesamtnote ergibt sich aus dem gewichteten arithmetischen Mittel (§ 15 Abs. 3 und 4) der Fachgebietsnoten und der Note der Bachelor-Arbeit. Die Gewichtungen ergeben sich aus dem Prüfungsplan. Zusatzmodule (§ 5 Abs. 5) gehen nicht in die Gesamtnote ein.

§ 23 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

- (1) Über die bestandene Bachelor-Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Es enthält:
 1. Bezeichnung des Studiengangs, gegebenenfalls den Studienschwerpunkt gemäß § 5 Abs. 2
 2. Thema und Note der Bachelor-Arbeit
 3. Fachgebiete und Noten
 4. Module, die keinem Fachgebiet zugeordnet sind
 5. Gesamtnote.
- (2) In dem Zeugnis werden Noten gemäß Absatz 1 Nr. 2, 3 und 5 in Worten und in Dezimalzahlen angegeben. Credits und Grades der ECTS-Bewertungsskala werden hinzugefügt. Für Module gemäß Absatz 1 Nr. 4 werden Credits angegeben.
- (3) Auf Antrag der Studierenden an das Prüfungsamt werden in das Zeugnis aufgenommen:
 1. Zusatzmodule gemäß § 5 Abs. 5 und unberücksichtigte Module gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 mit Bewertung (Noten und Grades) und mit Credits
 2. die Anzahl der bis zum Abschluss benötigten Fachsemester.
- (4) Zusätzlich zu dem Zeugnis wird die Bachelor-Urkunde ausgestellt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades gemäß der Festsetzung in der Fachprüfungsordnung für den jeweiligen Bachelor-Studiengang beurkundet. Der Bachelor-Urkunde wird auf Antrag an das Prüfungsamt eine Übersetzung in englischer Sprache beigelegt.
- (5) Zeugnis und Bachelor-Urkunde werden mit einer in deutscher und englischer Sprache verfassten Anlage ergänzt, die den Hochschulgrad erläutert (Diploma Supplement).
- (6) Zeugnis, Bachelor-Urkunde sowie Diploma Supplement erhalten das Datum der jeweils letzten Modulprüfung und das Siegel der Fachhochschule Mainz. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses unterschreibt das Zeugnis und das Diploma Supplement, die Präsidentin oder der Präsident unterschreibt das Zeugnis und die Urkunde.

4. ORGANISATION

§ 24 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die Wahrnehmung der durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben ist für jede Lehreinheit ein Fachausschuss für Prüfungen (Prüfungsausschuss) zu bilden. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung und der jeweiligen Fachprüfungsordnung eingehalten werden und sorgt dafür, dass den Studierenden die Prüfungstermine mit Meldefristen sowie die Namen der Prüfenden und Beisitzenden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Studienzeiten sowie über die Verteilung der Modulnoten, der Gesamtnoten und der Grades der ECTS-Bewertungsskala. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Fortschreibung des Studien- und Prüfungsplans und zur Reform dieser Ordnung. Das Prüfungsamt ist die Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses und führt die Prüfungsakten.
- (2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:
 1. drei Professorinnen oder Professoren, darunter das vorsitzende Mitglied und seine Stellvertretung
 2. ein studentisches Mitglied je Studiengang
 3. ein Mitglied aus den Gruppen gemäß § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG.
Die Gruppe der studentischen Mitglieder gemäß Nr. 2 hat eine Stimme.
- (3) Die Mitglieder werden vom Fachbereichsrat, das vorsitzende Mitglied und die Stellvertretung werden vom Prüfungsausschuss gewählt. Die Amtszeit des studentischen Mitgliedes beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch Nachwahl für den Rest der Amtszeit ersetzt.
- (4) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle dem vorsitzenden Mitglied oder seinem Stellvertreter übertragen. Ablehnende Entscheidungen trifft der Prüfungsausschuss insgesamt, soweit eine entsprechende Entscheidungspraxis in vergleichbaren Angelegenheiten noch nicht besteht.
- (5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder, davon mindestens zwei Professorinnen oder Professoren anwesend sind.
- (6) Der Ausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes. Bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen haben die Gruppe der studentischen Mitglieder und das Mitglied nach Absatz 2 Nr. 3 kein Stimmrecht.
- (7) Entscheidungen über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen trifft eine Kommission, der mindestens zwei Professorinnen oder Professoren angehören, die in dem betreffenden Studiengang zur Lehre befugt sind. Sie werden vom Prüfungsausschuss berufen. Die Kommission berichtet dem Prüfungsausschuss.
- (8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei den Prüfungen anwesend zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich im gleichen Prüfungsverfahren befinden.
- (9) Der Prüfungsausschuss kann in dringenden Fällen oder in Fällen, die keiner besonderen Beratung bedürfen, Beschlüsse im Rahmen des Umlaufverfahrens, auch per E-Mail, fassen.
- (10) Abweichungen von der Art, Umfang und Dauer/Bearbeitungszeit der in der Prüfungsordnung geregelten Prüfungs- oder Studienleistung können in besonderen Ausnahmefällen vom Prüfungsausschuss – insbesondere während einer Epidemie – genehmigt werden. Die Abweichungen werden den Studierenden von den Lehrenden in einem angemessenen Zeitraum - in der Regel mindestens zwei Wochen - vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben. Der Prüfungsausschuss wird des Weiteren ermächtigt, während Epidemien oder in sonstigen besonderen Ausnahmefällen allgemeine Ausnahmeregelungen zu beschließen.

§ 25 Prüfende und Beisitzende

- (1) Prüfende und Beisitzende werden vom Prüfungsausschuss bestellt.
- (2) Als Prüfende oder Prüfender kann bestellt werden, wer in dem betreffenden Lehrgebiet als Professorin, Professor oder durch Lehrauftrag zu selbstständiger Lehre befugt ist oder war sowie wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 6 Satz 4 HochSchG, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte sowie in der beruflichen

Praxis erfahrene Personen. Zu Prüfenden können auch Lehrende ausländischer Hochschulen bestellt werden, die eine dem vorgenannten Personenkreis gleichwertige Qualifikation besitzen. § 13 Abs.12, S. 3 bleibt unberührt.

- (3) Zum Prüfer oder Beisitzenden kann nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt.
- (4) Für Prüfende und Beisitzende gilt zur Verschwiegenheit § 24 Abs. 8 entsprechend.

§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten, Archivierung

- (1) Innerhalb drei Monaten nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der jeweiligen Studien- und Prüfungsleistung wird den Studierenden auf Verlangen Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt. Die Einsichtnahme findet in der Regel unter Aufsicht statt. Sie ist in der Prüfungsakte zu vermerken.
- (2) Die Unterlagen zu den Prüfungsleistungen werden von der Fachhochschule Mainz für die Dauer von zwei Jahren nach Ausstellung des Zeugnisses aufbewahrt. Sie können nach weiteren drei Monaten vernichtet oder vor Ablauf der zwei Jahre gegen schriftliche Anerkennung der Bewertung zurückgegeben werden. Eine digitale Archivierung ist zulässig.

§ 27 Ungültigkeit der Prüfungen und Aberkennung des Bachelor-Grades

- (1) Haben Studierende die Zulassung zu einer Prüfungsleistung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt oder haben sie bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Bekanntgabe der Modulnote bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich diese Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet gelten lassen. In diesem Fall muss die Prüfungsleistung zum nächsten möglichen Termin wiederholt werden, sofern die Anzahl ihrer Wiederholungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft ist.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.
- (3) Haben Studierende bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, als mit „nicht ausreichend“ bewertet gelten lassen. In diesem Fall sind das unrichtige Zeugnis, die Urkunde, gegebenenfalls die Übersetzung der Urkunde und das Diploma Supplement einzuziehen. Vor einer Entscheidung des Prüfungsausschusses ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 28 Widerspruchsmöglichkeit

- (1) Ablehnende Entscheidungen, die nach dieser Ordnung getroffen werden, sind schriftlich zu erteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Gegen sie kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses eingelegt werden. Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (2) Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertungsentscheidung einer, eines oder mehrerer Prüfenden richtet, wird ihnen der Widerspruch vom Prüfungsausschuss zur Stellungnahme zugeleitet. Ändern die Prüfenden ihre Entscheidung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme, ob
 1. das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen wurde
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet wurden
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet wurde
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (3) Über den Widerspruch soll zum nächstmöglichen Termin entschieden werden. Soweit dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, ist der Bescheid zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und **bekannt zu geben**.

§ 29 Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung für die Bachelor-Prüfungen im Fachbereich Technik an der Fachhochschule Mainz tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Mainz in Kraft.

- (2) Mit Inkrafttreten dieser Ordnung tritt die Allgemeine Ordnung für die Bachelor-Prüfungen im Fachbereich I: Architektur, Bauingenieurwesen und Geoinformatik (PO-BaFb1) an der Fachhochschule Mainz vom 21.11.2007 für die konsekutiven Bachelor-Studiengänge Bauingenieurwesen und Internationales Bauingenieurwesen außer Kraft. Für die konsekutiven Bachelor-Studiengänge Architektur, Architektur mit integrierter Praxis sowie Geoinformatik und Vermessung gilt die PO-BaFb1 weiter bis zum Inkrafttreten einer neuen Fachprüfungsordnung.

Mainz, den 16.02.2012

Dekan des Fachbereichs Technik
der Fachhochschule Mainz
Prof. Dipl.-Ing. Marc Grief